

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kotonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kotonelzeile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Will Wirth Ernst machen?

München, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, hat die Reichsregierung in einer Note an die bayerische Regierung Richtlinien für die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes vom 23. März gegeben und eine Liste der Organisationen verlangt, die nach dem Entwaffnungsgesetz aufgelöst werden müssen. Die Anweisung der Berliner Regierung bezeichnet alle Selbstschutzorganisationen, auch die bayerische Einwohnerwehr als unter diejenigen Organisationen fallend, die aufgelöst werden müssen. Wie das Blatt erfährt, wird sich der bayerische Ministerrat heute noch mit der Note der Reichsregierung befassen.

Eigenartig ist, daß die Note an die bayerische Regierung keinen andern Wortlaut hat, als die Mitteilungen, die von der Reichsregierung auch an alle andern deutschen Gliedstaaten gegeben sind. Es scheint, daß auch die neue Reichsregierung nicht den Mut hat, energische Schritte gegen Bayern zu unternehmen. In Bayern wartet man geradezu auf einen neuen Konflikt, weil man immer noch hofft, daß es mit Hilfe Frankreichs in Bayern möglich werden könnte, die Einwohnerwehren eventl. unter Aufsicht französischer Offiziere weiter zu erhalten.

Nach einer Berliner Meldung beschloß die Reichsregierung die Ausdehnung der Entwaffnungsaktion auf Bayern. Dem Reichskommissar für die Entwaffnung wurden Vollmachten für die Entwaffnungsaktion in Bayern erteilt.

In der Welt am Montag hat v. Gerlach sehr richtig bemerkt: „Die Reparationsfrage ist auf ein halbes Jahr hinaus ihres akuten Charakters entleert. Wir haben Zeit vor uns, praktische Pläne auszuarbeiten. Hat ist nur noch die Frage der Entwaffnung und der Verhandlung gegen die Kriessverbrecher. Hier, wo es in der Tat nur auf guten Willen ankommt, haben wir Gelegenheit, das Weltmikstrauen gegen uns zu überwinden. Das wird die Feuerprobe auf Wirths Staatskunst sein.“

Ob das Kabinett die Feuerprobe bestehen wird?

Vor der Vervollständigung der Reichsregierung?

Keine Einbeziehung der Stinnespartei?

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, hat die gestrige Kabinettsitzung sich zum Teil bereits mit Fragen der Ergänzung des Kabinetts und der Personalveränderungen im Auswärtigen Amt beschäftigt. Heute im Laufe des Tages dürfte bereits die erste Entscheidung in einer neuen Kabinettsitzung getroffen werden. Die Ergänzung der Reichsregierung ist deshalb so langsam vorwärts gegangen, weil noch immer der Plan des Beitritts der Deutschen Volkspartei zur Regierungskoalition erwogen wurde. Dieser Gedanke scheint nunmehr fallengelassen sein, deshalb dürften bald die notwendigen Personen für die einzelnen Posten ernannt werden. Im Auswärtigen Amt selber stehen, wenn es nach den Wünschen der meisten Mitglieder des Kabinetts geht, bedeutende Personalveränderungen bevor. Die beiden leitenden Staatssekretäre, der politische Haniel und der wirtschaftliche Wopen dürften beide von ihrem Posten entfernt werden. Es scheint, daß die Reichsregierung eingesehen hat, daß nur ein neuer Geist im Auswärtigen Amt die Erfüllung des Klimatums ermöglichen kann. Die beiden Staatssekretäre bringen sich bereits für einen der Auslandsposten in Erinnerung. Herr Haniel läßt erklären, daß er für den Posten in London in Aussicht genommen sei, obwohl bislang niemand etwas von einem Rücktritt des deutschen Botschafters Stamer gewußt hat und obwohl die Allierten mehr als deutlich erklärt haben, daß sie auf keinen Fall Vertreter des alten diplomatischen Dienstes auf dem Gesandtenposten zu sehen wünschen. Herrn Haniels Aussichten dürften deshalb für London sehr gering sein. Dagegen versucht er nunmehr sich für den Haag zu inszenieren. Den deutschen Gesandten im Haag, Herrn v. Rosen, präsentiert die bürgerliche Presse kurzerhand als Außenminister und dichtet ihm alle möglichen Eigenschaften für eine Reform des Auswärtigen Amtes an, die er bisher nicht gehabt hat. Herr v. Wopen wird als Nachfolger von Dr. Solf in Tokio genannt, indem man Herrn Solf nach Washington versetzt. Es ist seltsam, wie wenig außenpolitische Gründe bei all diesen Erwägungen mitsprechen und wie nicht nur im Auswärtigen Amt selbst, sondern auch in der bürgerlichen Presse fast ausschließlich reine Persönlichkeitsbewärgungen die neue Besetzung solcher Posten und die Erneuerung der Politik im Auswärtigen Amt bestimmen.

Die Entente gegen die Bildung von Freiwilligenverbänden.

19. Mai. Amtlich wird gemeldet: Dem Auswärtigen Amt ist eine Note der Interalliierten Kontrollkommission zugegangen, worin darauf hingewiesen wird, daß in verschiedenen Teilen Deutschlands die Anwerbungen von Freiwilligen für Oberschlesien stattfinden. Es wird gefordert, sofort Maßnahmen zu treffen, um diese Anwerbungen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages ständen, zu verhindern und

die Aufstellung der in Schlesien bereits gebildeten Formationen herbeizuführen. Die Interalliierte Kommission bittet um Mitteilung der zu diesem Zweck unternommenen Schritte.

Berlin, 18. Mai. (Amtlich.) Die Not der bedrängten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere bei den heimathverehrten Oberschlesiern, den Willen wachgerufen, den schwer gefährdeten Brüdern in Oberschlesien beizustehen. So großes Verständnis die Reichsregierung für diese Empfindungen und für die Erregung der Bevölkerung hat, so scharf muß sie den Bestrebungen entgegenzutreten, die darauf abzielen, durch Anwerbung und Bildung von Freiwilligenverbänden, Freikorps usw., den bedrängten Oberschlesiern aus andern Teilen des Reichs selbständig zu Hilfe zu eilen. Hierdurch werden die von der Reichsregierung zur Verteidigung der deutschen Interessen in Oberschlesien eingeleiteten Schritte nicht gefördert, sondern gestört. Die Reichsregierung macht mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam, daß solche Anwerbung und Zusammenschließung zu militärischen Verbänden den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen widerspricht und daß Zuwiderhandlungen mit Strafe bedroht sind. Es wird daher zur Vermeidung der gesetzlichen Strafen dringend davor gewarnt, solche Aufforderungen in irgendeiner Form zu erlassen, insbesondere in die Presse aufzunehmen.

Die Konferenz des Obersten Rates.

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Entgegen den Meldungen der Agence Havas, daß die Konferenz des Obersten Rates noch nicht Anfang nächster Woche stattfinden wird, verlaute aus allen englischen Quellen, daß auf alle Fälle spätestens Anfang der kommenden Woche eine Sitzung des Obersten Rates stattfinden wird. Der Korrespondent der Wostischen Zeitung in London berichtet sogar, daß am Sonnabend eine Vorgesprechung zwischen Briand und Lloyd George in Lympe stattfinden wird. Diese Vorgesprechung dürfte also auf einen Wunsch Briands zurückzuführen sein, der vorher sich mit Lloyd George über die oberschlesische Frage verständigen will, ehe beide sich zur Konferenz des Obersten Rates begeben. Danach dürfte also die Einigkeit zwischen Briand und Lloyd George in der oberschlesischen Frage zur Zeit noch nicht allzu groß sein. Die Vereinigten Staaten werden sich an der Konferenz des Obersten Rates über die oberschlesische Frage wahrscheinlich nicht beteiligen, obwohl sie inzwischen einen neuen Vertreter für den Obersten Rat ernannt haben. Die Regierung in Washington will sich offenbar in rein europäische Angelegenheiten möglichst wenig einmischen.

Rom, 17. Mai. (Stefani.) Graf Sforza antwortete dem englischen Botschafter, der ihn im Namen seiner Regierung fragte, ob er an der interalliierten Konferenz zur Lösung der oberschlesischen Frage teilnehmen werde, er sei dazu bereit. Angesichts der gegenwärtigen Lage schein ihm eine rasche Lösung im allgemeinen Interesse zu liegen.

Die 150 Goldmillionen. Deutschland zahlt in Devisen.

Paris, 19. Mai. (11.) Die Reparationskommission kam am Mittwoch in den Besitz der deutschen Note wegen der Entrichtung von 150 Millionen Goldmark. Diese Summe wird sich wie folgt zusammensetzen: 10 675 000 Dollar, 3 500 000 Pfund Sterling, 22 Millionen französische Frank, 4 Millionen Schweizer Franken, 5 Millionen belgische Frank, 2 Millionen holländische Gulden, 6 500 000 dänische Kronen, 3 Millionen schwedische Kronen, 6 500 000 norwegische Kronen, 8 500 000 Belgas. Dies ergibt, zum Neuposter Kurs vom 13. Mai umgerechnet, eine Gesamtsumme von 140 Millionen Goldmark. Die restlichen 10 Millionen Goldmark ist die deutsche Regierung bereit, dorthin sofort zu überweisen, wohin es die Reparationskommission bestimmt.

Die Abtretung der Rechte an öffentlichen Unternehmungen.

Berlin, 17. Mai. Die Reparationskommission hat jetzt die Übertragung aller ihr von der deutschen Regierung gemeldeten Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger oder des Reichs an öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen mit Deutschland verbundenen Ländern oder von Deutschland abgetretenen Gebieten sowie in Rußland und China, die nach Artikel 260 des Friedensvertrages der Reparationskommission abzutreten sind, gefordert, wobei sie dem Artikel 260 eine weitergehende Auslegung, als die deutsche Regierung es tut, gegeben hat. Zu den Konzessionen rechnet die Reparationskommission auch Bergwerke, Delfelder und Steinkohle hinsichtlich des territorialen Geltungsbereichs ist die Reparationskommission der Ansicht, daß auch tschechoslowakische und polnische (früher österreichische) und neu-rumänische (früher ungarische) Bezirke abgetreten werden müssen. Die deutsche Regierung hat diese Auffassung nicht anerkennen können. Wegen der hinsichtlich der Auslegung des Artikels 260 bestehenden Zweifelsfragen schweben Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung.

Die Salzburger wollen doch abstimmen.

19. Mai. Der Salzburger Landtag beschloß in seiner Sitzung am heutigen Mittwoch einstimmig, die Abstimmung über den Anschluß an Deutschland am 20. Mai vorzunehmen.

Die Unbelehrbaren.

Die eklatante Niederlage, die die italienischen Kommunisten in der Pfingstwahlslacht erlitten haben, hat selbst im deutschen kommunistischen Lager einen gewissen Eindruck machen müssen. Die Rote Fahne ringt sich das peinliche Geständnis ab: „Immerhin muß zugegeben werden, daß die kommunistische Internationale sich bisher in Illusionen über die Zielklarheit der italienischen Arbeiter wiegte.“ Richtiger wäre es zu sagen, daß die Rote Fahne und andre Organe der Moskauer Exekutive über die Stärke der Kommunisten in Italien, über die Tragweite der Spaltung in Livorno einfach auf die leichtfertige Art und Weise blauen Dunst verbreitet haben. So haben sie die Illusion gewedt, die sie jetzt festhalten müssen, nachdem die Tatsachen gar zu deutlich gesprochen haben. Was sie aber nicht hindern wird, in allen ähnlichen Situationen und überhaupt in ihrer ganzen Politik immer wieder nach demselben verderblichen Rezept zu verfahren. Immer wieder werden sie versuchen, ihre eigenen Anhänger und die Öffentlichkeit über ihre eigene Stärke zu täuschen, durch sichtsüchtiges Mäufreißchen den Mangel an wirklicher Kraft zu ersehen. Sie werden immer wieder versuchen, die Massen mit Illusionen trunken zu machen, in dem Wahnglauben, daß so der Kampfwille und die Siegeszuversicht erzeugt werden könnten, die vor der Erkenntnis der nüchternen Wirklichkeit nicht standhalten würden. Sie werden den Arbeitern immer wieder von gewaltigen kommunistischen Fortschritten berichten, die nur auf dem Papier stehen und werden ihnen sorgsam alles verschweigen, was den Eindruck schädigen könnte, den sie erzielen wollen, daß nämlich eine große kommunistische Internationale von einheitlichem Willen und einheitlichem inneren Gefüge besteht. Wie sie erst neulich die Abwiegung Frossards, der die französischen Kommunisten eindringlich vor der Parole des Widerstandes gegen die Mobilisationsorder warnte, verschwiegen haben. Und sie werden fortfahren in jeglichem Putsch und jeglichem Aufstand unausgeklärter Massen, und tragen er das nationalstische Gepräge noch so deutlich auf der Stirn, wie es jetzt in Oberschlesien der Fall ist, den Ausgangspunkt der sozialen Revolution zu sehen, und an dem Köhlerglauben festzuhalten, daß aus unorganisierten, ungeheulichen Massen im Handumdrehen Kämpfer des Kommunismus werden können. Für die Kommunisten ist die Geschichte nur zu dem Zwecke da, nichts aus ihr zu lernen und Erkenntnisse, wie das oben angeführte, sind nur schnell verflackerndes Streufeuer, das die Finsternis ihrer Illusionspolitik niemals dauernd erhellte.

Das zeigt auch ein neuer Aufruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale an die Proletarier aller Länder, in dem zum kommunistischen Male von der deutschen Arbeiterklasse die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse verlangt wird, wenn sie sich nicht in die doppelten Bande der deutschen und internationalen Bourgeoisie schlingen lassen wollen. Die deutschen Proletarier sollen nach diesem Aufruf auf die Straßen gehen mit der Losung: Nieder mit der bürgerlichen deutschen Regierung, es lebe Räte-Deutschland, es lebe das Bündnis mit Sowjetrußland usw. Gleichzeitig werden die Proletarier Frankreichs, Englands und der andern Ententeländer aufgefordert, sich entschlossen gegen den Beutezug ihrer Regierungen wider Deutschland zu erheben, nicht des bürgerlichen und junkerlichen Deutschlands wegen, sondern um des deutschen Proletariats und um ihrer selbst willen. Dieser Aufruf ist so gehalten, daß die Leser der kommunistischen Presse den Eindruck gewinnen müssen, als sei eine starke kommunistische Internationale vorhanden, die die Durchführung dieses Programms in Kürze erzwingen könnte. Dabei müssen die kommunistischen Diktatoren in Moskau wissen, daß die Kommunisten in England und in Italien nur eine ohnmächtige Sekte sind und daß in Frankreich, wo die kommunistische Partei nach der Spaltung in Tours immerhin einen, an französischen Verhältnissen gemessenen stattlichen Organisationsapparat an sich reifen konnte, die Leitung dieser Partei ehrlich genug ist, die Schwäche zuzugestehen, die ihr einen unmittelbaren Einfluß auf die politischen Entscheidungen in Frankreich für die nächste Zukunft sicherlich noch verlag. Sehr bezeichnend dafür ist der erste Kongreß der französischen Kommunisten, der am Sonntag in Paris zu tagen begann. Der Bericht der Humanité über die Verhandlungen ist sehr vorfichtig freier, aber man kann trotzdem eine ganze Reihe wichtiger Tatsachen entnehmen, die deutscher sprechen als alle schwülstigen Aufrufe und Leitartikel. Die Mitgliederzahl möchte nach französischen Begriffen noch angehen; Frossard, der Generalsekretär, gab sie mit 121 000 an, wovon 14 000 auf die Seineföderation entfallen. Schlimmer steht es schon mit der Presse: die Partei besitzt in ganz Frankreich etwa fünf Tageszeitungen, von denen allerdings die Pariser Humanité 200 000 Auflage haben soll. Interessanter und wichtiger aber als all dies ist das, was aus den Verhandlungen über die Politik der Partei hervorgeht. Der Delegierte Borzeuil hat eine außerordentlich scharfe Kritik geübt, die er in die Worte zusammenfaßte: „Die Politik der Partei nach Tours unterscheidet sich nicht von der Politik vor